



Berlin hat seinen neuen Hauptbahnhof

In der Nacht vom 26. auf 27. Mai, vergangenen Freitag und Samstag also, war es nach mehrjähriger Bauverspätung endlich soweit: Im Beisein der Kanzlerin feierte die Bahn die Eröffnung des neuen Berliner Hauptbahnhofs, des neuen Nord-Süd-Bahntunnels (der viel mehr kostete als das Bahnhofsgebäude selbst) und der neuen Stationen Berlin Gesundbrunnen, Potsdamer Platz und Berlin Südkreuz.

Den Auftakt der Eröffnungsfeiern bildete am 26. Mai um 22.30 Uhr eine spektakuläre „Lichtsymphonie“. Um 23 Uhr dann begann – mit vielfältigen Aktivitäten – die „Lange Nacht des Hauptbahnhofs“, bei der sich bis 3 Uhr früh auch die 80 im neuen Bahnhof angesiedelten Einzelhändler und Gastronomen präsentierten.

Alles bei großer Anteilnahme des Publikums. DER HAUPTSTADTBRIEF hat über den neuen Bahnhof bereits ausführlich berichtet. Im nächsten Heft folgt ein Erlebnisbericht über das neue Bahnfahrgefühl in Berlin. Unser Foto zeigt ein Stück Bahnhofshallendach – rechts sauber, links noch schmutzig.

Reinigungsfirmen dürften an dem Glaskoloss in Zukunft gut verdienen ...

Große Koalition: Die Enttäuschung wächst

Eine Analyse von *forsa*-Chef Prof. Manfred Güllner – Ab Blatt 3

DER 77. HAUPTSTADTBRIEF

- 3** Wachsender Frust und Enttäuschung nach dem ersten halben Jahr der Großen Koalition
- 7** Die neuesten Umfrage-Werte (*forsa*): Union verliert, FDP profitiert
- 8** Bush, Angela Merkel – da verstehen sich zwei
- 11** Sternstunden der Flimmerkiste: Fernsehmuseum am Potsdamer Platz eröffnet
- 13** Nun doch kein Zugverkehr auf der Mini-Stummelstrecke der U55
- 14** Einladung in die duftende Welt indischer Gärten
- 17** Die Geschichte eines berühmten Berliner Spionagetunnels
- 20** Impressum
- 21** Die Seligmann-Kolumne: Auf dem Spiel steht die Legitimation demokratischer Politik
- 24** Classic Open Air im Juli als Kontrast zur WM
- 26** Spree-Uferpromenaden durchs Regierungsviertel sind jetzt komplett
- 27** Noch im Jahr 2006 muss die Berliner Bank verkauft werden
- 30** Jetzt kommt das historische Zeughaus zu neuen Ehren
- 34** Gaslaternen-Freilichtmuseum bis Anfang Juni 2006 restauriert
- 36** Neukölln feiert sein schmuckes Schlösschen im Süden des Bezirks
- 38** Berlin und Tokyo: Kunst zweier Städte
- 39** Mehr Macht dem „Regierenden“

DER HAUPTSTADTBRIEF im Internet:
www.derhauptstadtbrief.de

Auf den Punkt

Weshalb die Enttäuschung?

Bei der Bundestagswahl 2005 kam die Union gerade mal auf 35,2 Prozent; mindestens 40 Prozent sollten es werden. Sie lag also nur einen Punkt vor der SPD (= 34,2 Prozent). Es war das schlechteste Unions-Ergebnis nach 1949.



Bruno Waltert
Chefredakteur

Heute nun liegt die Union wieder bei nur 35 Prozent (siehe Blatt 7). Und die SPD dümpelt gar bei nur 28 Prozent, gut sechs Punkte hinter ihrem September-Ergebnis.

Schlimmer noch: Nur 10 Prozent aller Wahlberechtigten halten heutzutage die SPD, nur 20 Prozent die Union

für fähig, die Probleme in Deutschland zu lösen. Zudem ist das Vertrauen der Wähler in Union und SPD weiter zurückgegangen (siehe Tabelle Blatt 6). Bei der Union weniger, bei der SPD mehr.

Liegt's am Konstrukt Große Koalition? Tatsächlich wohl eher daran, dass die beiden Großkoalitionäre es nicht schaffen, die Menschen wirklich zu erreichen. Und dass deren Erwartungshaltung, die jetzige Große Koalition werde so viel und so Wichtiges bewegen wie jene von 1966 bis 1969, bislang herb enttäuscht wurde. Wahrgenommen wird meist nur, dass den Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche gezogen werden soll.

Das ist zwar eine verengte Sicht. Sie ist aber Folge der Unfähigkeit dieser Regierung, ihr Wollen und Tun den Menschen für sie verstehbar und vor allem emotional akzeptierbar zu vermitteln.

Dass es unter Kohl und Schröder nicht besser war, kann keine Entschuldigung sein. Weshalb ist die Politik in Deutschland insofern absolut lernunfähig?

Ihr

Trübsal

Wachsender Frust und Enttäuschung nach dem ersten halben Jahr der Großen Koalition

Von forsa-Chef Prof. MANFRED GÜLLNER



Schreibt für den
HAUPTSTADTBRIEF:
forsa-Chef
Prof. Manfred Güllner,
Berlin.

Die **Anfangsphase** der Regierungszeit der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wurde von einer geradezu **euphorischen** Bewertung in vielen Medien begleitet. Von einer **neuen Sachlichkeit** war die Rede, von einer nach sieben anstrengenden Jahren mit der rot-grünen Vorgängerregierung wohlthuenden Harmonie, von **überbordendem Optimismus** bei den Bürgern und einem kurz bevorstehenden **Aufschwung** in der Wirtschaft. Die Hoffnung auf einen ökonomischen Aufschwung wurde zudem von den stetig **nach oben** korrigierten Prognosen von Konjunkturforschern und Bankanalysten genährt.

Doch diese große Euphorie existierte offenbar nur in der **virtuellen Welt** einiger Medienvertreter und politischer Akteure, **nicht** jedoch in der **wirklichen Wirklichkeit**. Denn nach nur halbjähriger Regierungszeit der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung herrscht bei den Menschen im Lande **größere Hoffnungslosigkeit** als zum Ende der rot-grünen Ära.

So rechnen in der zweiten Mai-Hälfte **mehr als die Hälfte** aller Bundesbürger (53 Prozent) damit, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse – entgegen allen Prognosen der ökonomischen Experten – **weiter verschlechtern** werden. Nur ein **gutes Fünftel** (22 Prozent) aller Bürger glaubt an eine **Besserung** der ökonomischen Lage. Der **Rest** sagt, dass sich die Lage der Wirtschaft im Vergleich zur jetzigen nicht sonderlich rosigen Situation **nicht verändern** wird.

Wie die Übersicht auf der nächsten Seite oben zeigt, überwiegen inzwischen **auch bei den Anhängern der Union** die pessimistischen Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In allen **anderen** Wählergruppen waren und sind die pessimistischen Erwartungen noch **deutlich größer**:

Die pessimistischen Erwartungen überwiegen im übrigen auch **in allen Berufsgruppen**. Selbst von den **Selbständigen**, die – würden die Konjunkturprognosen zutreffen – ja vom Aufschwung profitieren müssten, rechnen **55 Prozent** mit einer weiteren Verschlechterung, nur **22 Prozent** mit einer Verbesserung der ökonomischen Situation.

Wirtschaftserwartungen in den einzelnen Wählerlagern

Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich zukünftig

	ver- bessern %	ver- schlechtern %	unverändert bleiben %	Index *)
insgesamt	22	53	25	- 31
Anhänger der CDU/CSU	32	39	29	- 7
SPD	28	47	25	- 19
Grünen	27	42	31	- 15
FDP	28	56	16	- 28
Linkspartei	10	73	17	- 63
Unentschlossene	11	66	23	- 55

*) Prozentanteil „verbessern“ minus „verschlechtern“

Etwas **weniger** pessimistisch als der Durchschnitt aller Bundesbürger sehen nur die **Beamten** der weiteren ökonomischen Entwicklung entgegen. **Arbeitslose** hingegen sind **zutiefst pessimistisch**: Fast drei Viertel von ihnen glauben daran, dass die wirtschaftliche Entwicklung weiter negativ verläuft.

Wirtschaftserwartungen in einzelnen Berufsgruppen

Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich zukünftig

	ver- bessern %	ver- schlechtern %	unverändert bleiben %	Index *)
Arbeiter	17	60	23	- 43
Angestellte	23	54	23	- 31
Beamte	34	43	23	- 9
Selbständige	22	55	23	- 33
Arbeitslose	8	72	20	- 64

*) Prozentanteil „verbessern“ minus „verschlechtern“

Angesichts dieser tiefsitzenden und durch die bisherige Arbeit der Großen Koalition sogar **noch größer gewordenen** pessimistischen Wirtschaftserwartungen bei den Bundesbürgern dürften sich auch verlautbarte Prognosen über einen **Anstieg des privaten Konsums nicht** bewahrheiten.

Die Neigung der Bürger, die Geld ausgeben könnten, jetzt oder in naher Zukunft (auch vor dem Hintergrund der kommenden **Mehrwertsteuererhöhung**) größere Anschaffungen zu machen, ist **nach wie vor äußerst gering**.

Die Arbeit der Großen Koalition wird ein halbes Jahr nach der Regierungsbildung **insgesamt** – entgegen den Einschätzungen in vielen Medien – **nicht positiv** bewertet. So sind mit der **Wirtschaftspolitik** der Regierung **nur 24 Prozent** aller Bundesbürger zufrieden, **71 Prozent** aber unzufrieden. Selbst die Anhänger der Regierungsparteien sehen das **nicht viel anders** als der Durchschnitt aller Bürger:

Nur **34 Prozent** der CDU/CSU- und sogar nur **22 Prozent** der SPD-Anhänger sind mit der bisherigen Wirtschaftspolitik der Regierung **zufrieden**; eine Mehrheit von **54 Prozent** der CDU/CSU- und **73 Prozent** der SPD-Anhänger aber ist **unzufrieden**.

Und dass die Regierung das derzeitige Kernproblem, die Lage am **Arbeitsmarkt**, bessern könnte, das glauben nur **11 Prozent** aller Bundesbürger und auch nur **18 Prozent** der CDU/CSU- und **12 Prozent** der SPD-Anhänger.

Das **Erscheinungsbild**, das die Bundesregierung bietet, wird zwar noch von einer Mehrheit der Bundesbürger (55 Prozent) als **weitgehend harmonisch** bewertet. Dies ist aber auch der **einzige** Unterschied, den die Bürger zwischen der alten rot-grünen und der jetzigen Regierung sehen.

Ansonsten wird die Politik der neuen Regierung – wie schon die der Vorgängerregierung – überwiegend **nicht** als „klar“ und „verlässlich“, sondern als „verworren“ und „sprunghaft“ eingeschätzt.

Und bedenkt man, dass die **rot-grüne** Regierung am Ende ihrer siebenjährigen Arbeit von einer Mehrheit der Bürger für **unfähig** gehalten wurde, das Land weiter zu regieren, dann ist es ein **vernichtendes Urteil** über das erste Halbjahr der derzeitigen Bundesregierung, wenn ihr nur eine Minderheit von **28 Prozent** bescheinigt, eine **bessere Arbeit** als die Vorgängerregierung zu leisten.

Nur die Anhänger der **Union** sind mehrheitlich (55 Prozent) der Auffassung, die jetzige Regierung sei **besser** als die alte. Von den SPD-Anhängern hingegen glauben nur **19 Prozent**, dass die Große Koalition besser arbeite als das rot-grüne Bündnis.

Dieses negative Urteil beruht im übrigen **nicht** darauf, dass die Bürger das Gefühl hätten, die Große Koalition hätte **zuviel** auf den Weg gebracht. Dass die neue Regierung zuviel verändert habe, das glauben nur **7 Prozent**. Eine Mehrheit von **59 Prozent** aber

hat den Eindruck, dass die Regierung bisher **zu wenig** getan habe, um das Land weiter zu erneuern und zu modernisieren. (Das übrige **Drittel** glaubt, das Reformtempo der Regierung sei **angemessen**.)

Alles in allem hat sich der **Vertrauensverlust** der beiden großen Parteien, der in den letzten Jahren schon zu registrieren war, nach einem halben Jahr Große Koalition **weiter fortgesetzt**.

So halten derzeit nur **10 Prozent** die SPD und auch nur **20 Prozent** die Union für fähig, die Probleme in Deutschland lösen zu können. Eine große Mehrheit von **62 Prozent** aber traut derzeit **keiner** politischen Partei Lösungskompetenz zu.

Und würde Ende Mai der Bundestag neu gewählt, dann würde die **Union** so **wenig** Stimmen wie im **September letzten Jahres** bekommen, die **SPD noch weniger**. Doch die üblicherweise dargestellten Prozentanteile auf der Basis der „**Wahlwilligen**“ sagen **wenig** aus über die eigentliche Vertrauenssubstanz der Parteien.

Hinweise darauf bekommt man nur, wenn man die Parteienanteile auf der **Basis aller Wahlberechtigten** bzw. aller Befragten prozentuiert. Und dann zeigt sich, dass **nicht nur die SPD**, sondern **auch die Union** ein halbes Jahr nach Bildung der Großen Koalition über **weniger Vertrauen** verfügt als noch im September 2005 bei der Bundestagswahl:

Parteivertrauen (Basis: alle Wahlberechtigten)

	Bundestagswahl 2005	Mai 2006
Wähler der CDU/CSU	26,9 %	25
SPD	26,2 %	20
sonstigen Parteien	23,4 %	26
Nichtwähler*/Unentschlossene	23,5 %	29

*) einschließlich ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 2005 haben nur **etwas mehr als die Hälfte** aller Wahlberechtigten eine der beiden **großen** Parteien (CDU/CSU **und** SPD) gewählt. So wenig Stimmen hatten CDU/CSU und SPD zusammen zuvor nur bei der **ersten** Bundestagswahl nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes 1949 erhalten – zu einem Zeitpunkt, als das politische System im Nachkriegsdeutschland **noch nicht etabliert** war.

Nach **halbjähriger** Regierungszeit von Union und SPD ist das Vertrauen zu den beiden großen Parteien aber noch **weiter geschrumpft** als schon im September 2005. Die Große Koalition hat die Bürger bislang eher **enttäuscht**. Hoffnungssignale für die Menschen sind von ihr noch nicht ausgegangen. Die Bürger empfinden die Politik überwiegend als **Ansammlung fiskalischer Nickeligkeiten**; klare politische Konzepte können sie nicht erkennen. Die **Gefahr** ist somit groß, dass das Vertrauen in die Politik **noch weiter zurückgeht** als es bisher eh schon der Fall ist.

Die Parteipräferenzen im Bund

Union verliert, FDP profitiert

		CDU/ CSU	SPD	FDP	Links- partei	Grüne	Sonst.
		Alle Angaben in Prozent					
Bundestagswahl*		35,2	34,2	9,8	8,7	8,1	4,0
Umfrage-Werte in Woche ...							
2005	47. (21.11.-25.11.)	35	31	12	9	9	4
	48. (28.11.-2.12.)	34	33	11	9	9	4
	49. (5.12.-9.12.)	36	31	12	9	8	4
	50. (12.12.-16.12.)	36	32	11	9	8	4
	51. (19.12.-23.12.)	37	32	11	8	8	4
	52. (26.12.-30.12.)	37	32	10	8	9	4
2006	1. (2.1.-6.1.)	37	31	11	8	8	5
	2. (9.1.-13.1.)	38	31	12	8	7	4
	3. (16.1.-20.1.)	39	31	10	8	8	4
	4. (23.1.-27.1.)	41	31	8	8	8	4
	5. (30.1.-3.2.)	41	30	9	8	8	4
	6. (6.2.-10.2.)	40	29	9	8	9	5
	7. (13.2.-17.2.)	39	28	10	9	9	5
	8. (20.2.-24.2.)	39	28	10	9	9	5
	9. (27.2.-3.3.)	41	27	10	8	9	5
	10. (6.3.-10.3.)	40	27	11	9	9	4
	11. (13.3.-17.3.)	39	28	11	9	9	4
	12. (20.3.-24.3.)	38	28	11	9	9	5
	13. (27.3.-31.3.)	39	27	10	9	10	5
	14. (3.4.-7.4.)	39	28	10	9	10	4
	15. (10.4.-14.4.)	39	29	10	9	9	4
	16. (17.4.-21.4.)	37	29	11	9	9	5
	17. (24.4.-28.4.)	39	29	9	8	10	5
	18. (1.5.-5.5.)	39	29	9	9	9	5
	19. (8.5.-12.5.)	38	27	11	10	9	5
20. (15.5.-19.5.)	35	28	13	10	9	5	

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch **wöchentliche** Befragung von in der Regel **rund 2500** wahlberechtigten Deutschen.

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 18. September 2005

Quelle: forsa



Am 3. Mai im
Oval Office des
Weißen Hauses
in Washington:
Gemeinsam lacht
sich's besser ...

Bush, Angela Merkel – da verstehen sich zwei

Vom 2. Besuch der Kanzlerin in Washington

Von CHRISTOPH von MARSCHALL, Washington

Ist Nähe noch steigerungsfähig? Bereits Angela Merkels **erster** Besuch in Washington im Januar war **ausgesprochen herzlich**. Die USA sind angesichts der prekären internationalen Lage von Irak über Iran bis Nahost und Afghanistan spürbar **auf der Suche nach Verbündeten**. Über den Regierungswechsel in Berlin war man nach dem **kühlen** Verhältnis Bush-Schröder nicht traurig im Weißen Haus.

Und dann wurde auch noch eine **Frau** Kanzler, die man als **Paradebeispiel** für Bushs Lieblingsthema Freiheit vorführen konnte: Aufgewachsen im **Kommunismus** und nun Regierungschefin einer **Vorzeigedemokratie**. Amerika **liebt** solche Heldengeschichten. Diese belegt **zugleich** den Erfolg der US-Außenpolitik nach dem Weltkrieg.

Frau Merkel musste **wenig** leisten, um in Amerika **geliebt** zu werden. Wenn sie eine Herausforderung zu bestehen hatte, dann die, sich **nicht** von Bush **vereinnahmen** zu lassen, sondern ein wenig Distanz zu zeigen – zum Beispiel durch ihre Kritik am Gefangenenlager Guantanamo.

Der Präsident nimmt ihr das nicht übel, sondern lobt **„ihre offene Sprache“**. Und er legt im Wonnemonat Mai, beim zweiten Merkel-Besuch in Washington, **nochmals zu** in seinem Werben um die deutsche Alliierte. Deren internationales Gewicht ist seit dem

ersten Besuch **eher gewachsen**. Andere europäische Verbündete wie der Brite Tony Blair sind innenpolitisch angeschlagen – oder abgewählt worden, wie Italiens Silvio Berlusconi.

Merkel dagegen steht im **Glanz ihrer Macht**, und sie kann **vermitteln**: Generell im Konflikt um Irans Atomprogramm, wo Deutschland eine gemäßigte, aber verlässliche Position einnimmt; und speziell in Moskau, das Washington für ein geschlossenes Auftreten in der UNO braucht.

Das US-Protokoll stellte gleich einen **ganzen Strauß an Gesten** und Annehmlichkeiten zusammen, die **Wertschätzung** ausdrücken – und **persönliche Nähe**. Merkel muss nicht im Hotel übernachten, sondern wird ins Blair-Gästehaus eingeladen, gleich um die Ecke vom Weißen Haus. Das offizielle Gespräch dauert natürlich **länger als geplant** – will heißen: so viel haben die beiden sich zu sagen.

Anschließend lädt Bush zu einem kleinen **Spaziergang** in den Rosengarten. Selbst seine **Privaträume** öffnen sich für die Freundin aus Berlin, die er öffentlich „Ändschela“ nennt. Zu Abend isst man im kleinen Kreis im „**Family Dining Room**“ im zweiten Stock des Weißen Hauses. Die **vielen** gemeinsamen Stunden sind **Luxus** für den mächtigsten Mann der Welt. Er steckt in einem **engen Zeitkorsett**.

Nicht minder herzlich sind die **Worte**, die Bush für Merkel findet. „**Fasziniert**“ sei er von „ihrer starken Persönlichkeit“. Sie sei „eine Führerin, die den Wert der Freiheit versteht“ und „**eine Frau mit klarem Urteil**“. Das alles wird von der **Körpersprache** verstärkt. Ob bei den Begegnungen mit den Medien, ob beim Dinner am zweiten Tag des Besuchs zu Ehren des 100. Geburtstages des „American Jewish Committee“ (AJC): Bush geht **gerne und oft auf Tuchfühlung** zu Merkel, klopft ihr auf die Schulter, beugt sich zu ihr, charmiert sie, **in ihr Ohr tuschelnd**. **Da verstehen sich zwei**, sagen diese Bilder. Immer wieder **lachen sie gemeinsam**.

Die Festveranstaltung des **AJC** war der **eigentliche** Anlass dieser Reise, der **zweite Besuch im Weißen Haus** innerhalb weniger Monate der **Zugewinn**. Und da sie nun schon mal da war, kam noch eine Konferenz mit **Wirtschaftsführern in New York** dazu. Merkel warb für ihre Politik und für Investitionen am Standort Deutschland.

Das feierliche AJC-Dinner ist der **einzige** Termin, wo Angela Merkel **nicht ganz so gelöst** und selbstsicher wirkt. Die Zentrale der jüdischen Organisation in New York gehört zu den selbstverständlichen Terminen auf Kanzlerreisen. Aber nun spricht **erstmal**s ein deutscher Regierungschef bei einem Jubiläum des AJC in **Washington**, vor 2000 Gästen, ziemlich genau 61 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Das ist ein **sensibler Moment**, auch wenn der AJC nicht aus dem Holocaust hervorgegangen ist. Er wurde 1906 von deutsch-jüdischen Einwanderern gegründet, aus Sorge über die Pogrome in **Russland**.



Vehement tritt Merkel für das Existenzrecht Israels ein, das sei eine **verlässliche Konstante** deutscher Politik. Die Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, Israel von der Weltkarte zu löschen, nennt sie **unverantwortlich**. Der Westen dürfe **nicht zulassen**, dass Iran Atommacht wird.

Am 4. Mai vor dem großen Dinner bei der Hundertjahrfeier des AJC in Washington – auch hier war Bush Frau Merkel ständig nahe.

Die Frage ist, wie das gelingen kann. Bush sagt, er setze auf die **Diplomatie**, fügt aber hinzu, **auch die militärische Option** liege auf dem Tisch. Das ist amerikanische Tradition, kein Präsident darf im Machtpoker den Gebrauch von Gewalt **ausschließen**.

Deutschland hält es **umgekehrt**, kein Kanzler darf mit Krieg drohen, es sei denn, die Diplomatie hat versagt und die UN erteilen ein Mandat. Bisher gibt es nicht mal eine Mehrheit für Sanktionen gegen Iran im Sicherheitsrat. Russland und China sperren sich. Merkel ist für Bush eine **Verbündete mit Einfluss auf Moskau**. „**Partner in leadership**“ nennt er sie.

Mehr als ein Jahrzehnt hat kein US-Präsident mehr Deutschland mit dem erwartungsvollen Lob bedacht – **zuletzt Vater Bush den Kanzler Helmut Kohl**. In den USA hat sie dafür geworben, Putins Russland weiter als **Partner** zu behandeln, trotz der Demokratiedefizite. „Gegen und ohne Russland“ seien die großen Fragen nicht zu lösen. Das wird auch das Gesprächsthema sein, wenn Bush sie **Mitte Juli** in ihrem **Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern** besucht – auf dem Weg zum G-8-Gipfel in St. Petersburg.

Sternstunden der Flimmerkiste: Fernsehmuseum am Potsdamer Platz eröffnet

Von KLAUS GRIMBERG

Kein anderes Medium hat die Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so sehr geprägt wie das **Fernsehen**. Bilder aus der „**Flimmerkiste**“ sind zum biografischen Bestandteil **jedes einzelnen** geworden – egal ob „Sesamstraße“ oder „Sandmännchen“, „Tagesschau“ oder „Aktuelle Kamera“, „Tatort“ oder „Polizeiruf 110“.



Impression aus dem
Spiegelsaal des Filmmuseums.

Das Fernsehmuseum, das am **31. Mai** im Filmhaus am Potsdamer Platz öffnet, nutzt solche emotionalen Erinnerungsmomente: Sie sind der **Schlüssel** zu Geschichte und Gegenwart eines Massenmediums, das sich in gut fünfzig Jahren permanent **weiterentwickelt** und **verändert** hat.

Die Besucher des Museums werden empfangen in einem **acht Meter hohen Spiegelsaal**: Hier erwartet sie eine **Revue** durch das Fernsehprogramm der zurückliegenden **Jahrzehnte**. Neun Projektoren projizieren die Bilder aus vergangenen Tagen auf die verspiegelten Wände – als Mosaik oder als Panorama, als unendlich vervielfachte **Illusion** oder eindringlich verdichtete **Impression**.

Manchen Schnipsel hat man noch **nie** gesehen, andere Ausschnitte hingegen rufen sofort konkrete **Erinnerungen** hervor. In jedem Fall aber visualisiert der Raum den **Sog**, den das Fernsehen in herausragenden Momenten erzeugen kann – von seinen Anfängen bis heute.

Auf den sinnlichen Bilderrausch folgt die sachliche Information. In einem „**Zeittunnel**“ wird die Entstehung des Fernsehens skizziert – von ersten Versuchen Ende des 19. Jahrhunderts bis zur digitalen Bilderflut der Gegenwart. Kurze Sequenzen erinnern an **kollektive Seherlebnisse** weltweit: die Krönung Elisabeths II., die Mondlandung, die Anschläge des 11. September. Der Raum dokumentiert, was das Fernsehen **in der jeweiligen Zeit** zu leisten vermochte.

Herzstück des Museums aber ist die „**Programmalerie**“. Hier kann sich der Besucher seinen **individuellen** Rückblick auf die Fernsehgeschichte selbst gestalten. 500 Sendungen haben die Kuratoren in einer Datenbank zusammengefasst, einen repräsentativen **Querschnitt** durch **alle** Fernsehgenres aus **West** und **Ost**: Höhepunkte der Information und Unterhaltung, Straßenfeger und Kultserien, Talkshows und Live-Übertragungen.

Zu jeder einzelnen Produktion sind in der Datenbank **vertiefende Informationen** hinterlegt – zu Regisseuren, Autoren und Schauspielern, zum zeitgeschichtlichen Kontext oder zu verwandten Programmen. Jeder Nutzer kann nach **seinem** persönlichen Geschmack in den Kosmos der Fernsehgeschichte **eintauchen**, kann **durchzappen** oder sich Sendungen in **voller Länge** ansehen.

Die Programmalerie wird im Laufe der Jahre sukzessive **ausgebaut**. „Die ausgewählten Stücke sollen in ihrer Gesamtheit so etwas wie eine **Sozial- und Moralgeschichte** der Bundesrepublik und der DDR abbilden“, formuliert Peter Paul **Kubitz**, Programmdirektor des Museums, den Anspruch.

Das sei nicht elitär gemeint, dennoch spiele **Qualität** bei der Zusammenstellung die größte Rolle. „Es sollen Produktionen sein, die auch in der aktuellen Programmgegenwart noch Bestand hätten“, so Kubitz. „Unsere Hoffnung ist, dass es unter Produzenten einmal **als Ehre** gilt, in die Galerie aufgenommen zu werden“. Der Besucher des Fernseh Museums könne sich so einen Einblick verschaffen, „**was Fernsehen im besten Sinne sein kann.**“

Das Interesse gilt aber nicht allein der Vergangenheit. Mit **Sonderausstellungen** und **aktuellen Veranstaltungen** will das Fernsehmuseum die Entwicklung des Mediums kontinuierlich begleiten. Derzeit ist, noch bis zum 30. Juli, die Schau „**Tor! Fußball und Fernsehen**“ zu sehen.

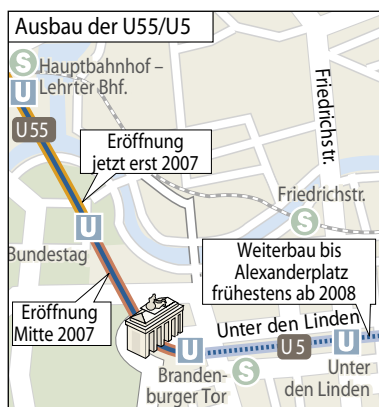
Sie untersucht, wie der Fußball das Fernsehen beeinflusst und das Fernsehen den Profi-Fußball **mit geformt** hat. Dabei geht der Blick über die deutschen Sender hinaus bis nach **Südamerika** oder **Japan**, wo – den jeweiligen Temperamenten entsprechend – ganz **eigene Sendeformate** entstanden sind.

Mit dem Fernsehmuseum wandelt sich das Filmhaus am Potsdamer Platz endgültig zu einem **in Europa einzigartigen** „House of Moving Images“. Das bereits bestehende **Filmmuseum**, die Sammlungen und das Archiv der Stiftung Deutsche Kinemathek, die Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin sowie die beiden Arsenal-Kinos der Freunde der Deutschen Kinemathek machen das Haus zu einem **Zentrum des audiovisuellen Erbes** in Deutschland und darüber hinaus. **Nirgendwo** sonst ist so viel **Fachwissen** und **Kompetenz** zu Film und Fernsehen gebündelt wie hier.

Fernsehmuseum im Filmhaus
am Potsdamer Platz,
Potsdamer Straße 2, 10785 Berlin;
geöffnet Di-So 10-18 Uhr,
Do 10-20 Uhr.

Nun doch kein Zugverkehr auf der Mini-Stummelstrecke der U55

Das erste, nur **700 Meter** lange Teilstück der so genannten Kanzler-U-Bahn, genannt U55, wird nun erst in Betrieb genommen, wenn auch der neue U-Bahnhof am **Brandenburger Tor** betriebsbereit ist. Die Fertigstellung der dann ab Hauptbahnhof **1,4 Kilometer** langen Strecke ist für **Sommer 2007** geplant.



Damit ist die noch vor kurzem von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) verkündete Planung, schon **zur Fußball-WM** den allerersten Mini-Streckenabschnitt zwischen den Stationen „Hauptbahnhof“ und „Bundestag“ im Shuttledienst zu eröffnen, jetzt **definitiv** vom Tisch.

Zur Begründung für den Sinneswandel heißt es, die BVG hätte die **Kosten** für den Betrieb der 700 Meter langen Mini-Linie nicht einmal ansatzweise decken können. Nach Angaben des BVG-Sprechers Klaus Wazlak erwartete die BVG für das Mini-Teilstück lediglich 6500 Fahrgäste pro Tag, während die aufs Jahr hochgerechneten Kosten **600 000 Euro** betragen hätten.

Tatsächlicher Hintergrund für den kuriosen und hektisch erscheinenden Plan zur Einrichtung eines Shuttleverkehrs zwischen nur zwei Stationen war, dass die Berliner Verkehrsverwaltung befürchtete, der Bund könne von Berlin **Millionenzuschüsse** zurückfordern, wenn die Bahn nicht **wenigstens** auf einem Teilstück in Betrieb geht.

Ende April 2006 jedoch signalisierte Staatssekretär Jörg **Hennerkes** vom Bundesverkehrsministerium in einem Schreiben an seine Berliner Kollegen, dass der Bund keine Einwände dagegen habe, die 700 Meter lange **Stummel-Linie** vom Hauptbahnhof zum Bundestag **vorerst nicht** zu betreiben. Die Berliner Verkehrsverwaltung nahm das Schreiben Hennerkes mit großer **Erleichterung** zur Kenntnis.

Zudem bestätigte der Bund seine Bereitschaft, von den erwarteten 28 Millionen Euro Baukosten für den Weiterbau bis zum Brandenburger Tor **24 Millionen Euro** zu übernehmen. Das Land Berlin andererseits verpflichtete sich, bis 2010 mit dem **Weiterbau** des restlichen Teilstücks vom Brandenburger Tor zum Alexanderplatz zu beginnen und die **gesamte** U-Bahn-Linie spätestens **bis 2020** fertigzustellen.

Tobias v. Schoenebeck



Einladung in die duftende Welt indischer Gärten

Von DIETER STRUNZ

„All ihre Anmut hat die Narzisse / Deinen schönen Augen abgelauscht“. **So zärtlich** besang im Jahre 1612 Abd al-Rahim Ambarin Qualam ein blühendes **Gartenwunder**. Narzissen, Iris, Tulpen und Mohnblumen zählten zu den **Liebblingsblumen** in den Prunkgärten der indischen Moghuln. Und zu den Lieblingsobjekten der **Miniaturmalerei** höfischer Künstler, die ihre Pinselkunst im Dienste der Schönheit **bis zur Vollendung** verfeinert hatten.

Von Moghuln und Malern erfährt man viel in der Ausstellung **„Lustgärten und Gartengräber – Höfische Kunst zur Zeit der Moghul-Herrschaft“**, die passend zum Berliner Frühling im großen Museumskomplex in **Dahlem** staunend durchwandert werden kann. Eine buchstäblich duftende Schau, wie der Berliner sagt. Man wird konfrontiert mit den Gärten am Ufer des **Dal-Sees in Kaschmir**, der Sommerfrische der Herrschenden. Mit den **Palastgärten von Delhi**. Mit den legendären Gärten in der einstigen **Moghul-Hauptstadt Lahore**.

Und speziell mit der imposanten Anlage des **Taj Mahal**, die Kaiser Shah Jahan für seine **Liebblingsgattin** Mumtaz Mahal errichten ließ, die bei der Geburt ihres 14. Kindes starb. Taj Mahal, dieser **„Seufzer aus Stein“** mit seinen Bauten, Teichen, Kanälen und Zypressen zählt noch heute zu den großen **Tourismus-Attraktionen**.

Links: „Terrassenszene mit Hund“, 1821, Deckfarben und Gold auf Papier, 27,5 x 19,4 cm.

Rechts: „Porträt einer Fürstin“, Mitte 18. Jh., Deckfarben und Gold auf Papier, 34,7 x 24,2 cm.

Beide Bilder zeigt die Schau in Dahlem.

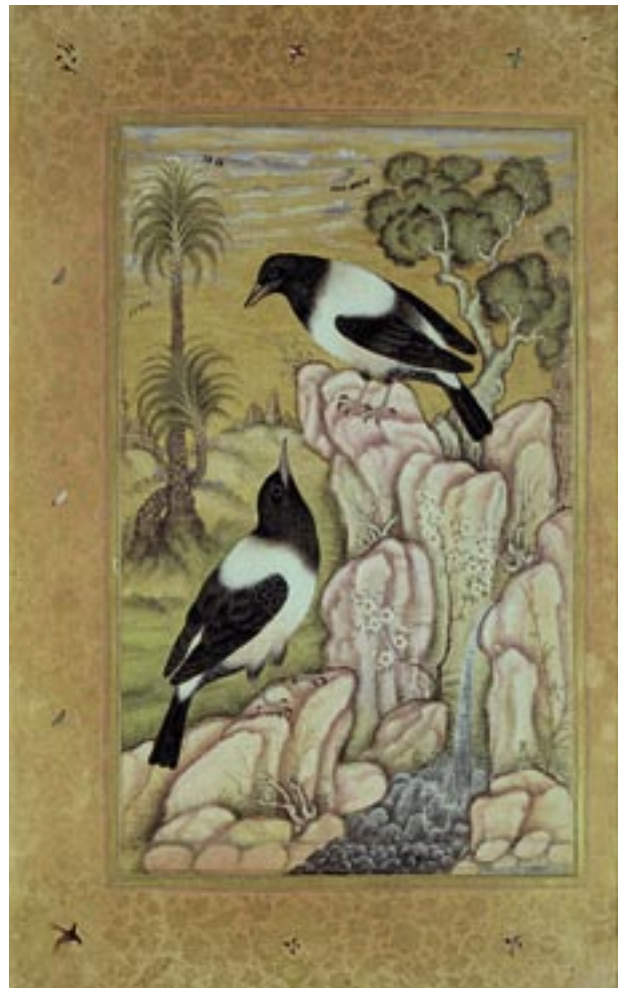
Viele der prächtigen Anlagen gehen zurück auf den **Gründer** der Moghul-Herrschaft auf dem Indischen Subkontinent, den aus Innerasien zugewanderten **Dschingis-Khan-Nachfahren** Zahiiruddin Muhammad **Babur** (1483 – 1530), der die ersten islamischen Gärten schuf und damit die **Tradition indischer Gartenkunst** eröffnete.

Um die Erinnerung an **Blütenpracht** und **Farbenreichtum** seiner Heimat zu pflegen, scheute er weder Kosten noch den Kampf gegen die natürlichen Elemente und ließ sogar **künstliche Wasserwege** anlegen. Das Ziel war ein **Empfinden ewigen Frühlings**, das den Seelen schmeichelte und die Herzen entzückte. Den Verstorbenen sollte in den sogenannten Gartengräbern ein grünes, blumenreiches **Paradies** bereitet werden.

Von Bächen, Quellen und Kaskaden schwärmten die **Poeten** und von dem süffigen Honigwein, der den Flaneuren gereicht wurde. Berauscht von Blüten, Pflanzen, Vögeln und anderen Elementen der Gartenkunst waren auch die **Maler**, deren Arbeiten aus drei Berliner Institutionen für diese Ausstellung **erstmalig vereint** wurden: aus dem Museum für Indische Kunst, dem Museum für Islamische Kunst und der Staatsbibliothek. **Hinzu** kamen Exponate aus deutschem Privatbesitz.



Ebenfalls ausgestellt:
„Reiterporträt
Suchet Singh“, 1825-1830,
Deckfarben und Gold
auf Papier, 26,1 x 30,8 cm.



In der Ausstellung ebenfalls zu sehen:

Links oben:
„Sommerteppich“,
17. Jh., Baumwolle
handbedruckt und
koloriert, 200 x 158 cm.

Rechts oben:
„Vogelpaar“,
Anfang 17. Jh.,
Albumseite, 61 x 45 cm.

Knopf eines
Dolchgehänges,
Mitte 17. Jh.,
Gold, Rubine, Smaragde,
rückseitig konvex als
Mohnblüte emailliert,
Durchmesser 3,8 cm.

Das Berliner Museum für indische Kunst gilt als eine der **weltweit bedeutendsten** Sammlungen von Kunstwerken aus dem indo-asiatischen Raum vom 4. Jahrtausend v. Chr. bis in die Gegenwart. Es gehört zur Dahlemer Niederlassung der **Stiftung Preußischer Kulturbesitz**, in der sich unter dem Dach „Kunst und Kulturen der Welt“ auch Abteilungen mit Kolonialer Kunst aus **Lateinamerika**, Kunst der **Indianer**, aus **Afrika** oder der **Südsee**, Volkskunst aus **Japan**, sowie das Museum für **Ostasiatische Kunst** und das Museum **Europäischer Kulturen** befinden.

„Lustgärten und Gartengräber – Höfische Kunst zur Zeit der Moghul-Herrschaft“, bis zum 29. Januar 2007 im Museum für indische Kunst, Lansstraße 8, 14195 Berlin-Dahlem, nahe U-Bahnhof Dahlem-Dorf. Tel: 83 01 361 oder 83 01 438, Fax 83 01 502, E-Mail mik@smb.spk-berlin.de, www.smb.museum/mik Geöffnet dienstags bis freitags 10 bis 18 Uhr; sonnabends und sonntags 11 bis 18 Uhr.



Foto aus der
Sonderausstellung:
Beim Tunnelbau.

Die Geschichte eines berühmten Berliner Spionagetunnels

Von TOBIAS von SCHOENEBECK

Vor ziemlich genau **fünfzig Jahren**, am 22. April 1956, entdeckten in Ost-Berlin deutsche Telefontechniker und sowjetische Soldaten am Städtischen Friedhof in Altglienicke (Bezirk Treptow) einen **Spionagetunnel**, angelegt vom US-Geheimdienst CIA. Veranlasst durch zahlreiche **Kurzschlüsse** im maroden Telefonleitungsnetz der „Hauptstadt der DDR“ (eine Folge intensiver **Regenfälle** im Frühjahr 1956) arbeiteten sich die Techniker zu einem parallel der Schönefelder Chaussee verlaufenden Telefonkabel vor, um es auf **Schäden** zu prüfen.

Doch als die ahnungslosen Arbeiter weiter in den Untergrund vordrangen, machten sie eine **spektakuläre Entdeckung**: Hier lag kein Wasserschaden vor. Vielmehr stießen sie auf eine Kabelumleitung, die in einen **Tunnel** mündete, der mit **modernster Lauschtechnik** ausgestattet war und sich in Richtung des **amerikanischen Sektors** von Berlin verlor.

Parallel zu besagter Schönefelder Chaussee verliefen die Leitungen vom **Hauptquartier der Roten Armee in Wünsdorf zum Hauptquartier des KGB in Berlin-Karlshorst**. Und diese waren von der CIA professionell angezapft worden!

Nach der Enttarnung des Tunnels protestierte die Sowjetunion umgehend und **in schärfster Form** gegen diese Spionageaktion. Zugleich wurde die internationale Presse zur **Tunnelbesichtigung** eingeladen. Während in den Ost-Berliner Zeitungen über „den **vernichtenden** Beweis für die Nutzung West-Berlins als **Spionagebasis** der Amerikaner“ gewettert wurde, stimmten die westlichen Medien **nicht** in die Empörung des Ostens ein, sondern beurteilten die Tunnelaktion überwiegend **positiv**. In den USA jubelten die Zeitungen über „den Einfallsreichtum der Yankees“.

Die Aufregung der Sowjetunion über den Spionagetunnel war jedoch in Wirklichkeit **geheuchelt**, denn der KGB war über Planung, Bau und Betrieb des Tunnels **bis ins Detail** informiert gewesen. George **Blake**, ein Doppelagent in den Reihen des britischen Geheimdienstes **SIS**, hatte die Aktion verraten, **bevor** auch nur der erste Spatenstich gesetzt war.

Die **Vorbereitungen** für den Bau des Tunnels hatten im zeitlichen Zusammenhang mit der **sowjetischen Blockade West-Berlins** 1948/49 begonnen. Der sowjetische Versuch, dem Westteil Berlins den Nachschub abzuschneiden, hatte in den USA große Ängste vor einem **drohenden Angriff** der Roten Armee auf Westeuropa entfacht. US-Präsident Harry Truman hatte damals die Mitarbeiter der CIA angewiesen: „Mir ist egal, was Sie tun. Alles, was ich von Ihnen erwarte, ist, **24 Stunden im Voraus** von einem bevorstehenden sowjetischen Angriff informiert zu sein.“

Frank Rowlett von der National Security Agency (NSA) und William Harvey, Mitarbeiter der Abteilung für Sonderoperationen der CIA, stellten ein **streng geheimes Spezialteam** zusammen, das in der DDR und in Berlin die Möglichkeiten für das Abhören des östlichen Telegrafie- und Telefonverkehrs **erforschte**.

Eine von der CIA angeworbene „**Quelle**“ innerhalb des zuständigen Ost-Berliner Postamts, die nur als „**Nummerngirl**“ bekannt war, lieferte **genaue Aufzeichnungen** über die vom sowjetischen Militär genutzten unterirdischen Kommunikationsleitungen. So gelang es den Agenten, die eingangs erwähnte Telefonleitung ins Visier zu nehmen. Die Kabel mit den sensiblen Militärintformationen zwischen der Roten Armee und dem KGB verliefen **direkt entlang der Grenze** zwischen dem sowjetischen und dem US-amerikanischen Sektor im Südosten Berlins. Dorthin galt es, einen Tunnel zu treiben.

Der Tunnelbau war eine höchst **aufwändige**, logistische Meisterleistung. **450 Meter** in ostdeutsches „Feindgebiet“ hinein mussten die Agenten graben. Ende Februar **1955** war der **horizontale Abschnitt** des Tunnels fertiggestellt. Mehr als **3000 Tonnen Erde** waren dabei ausgehoben worden. Das Grundstück in Rudow, von dem aus die Agenten den Stollen zum Kabel trieben, hatten die Amerikaner im Vorfeld **gepachtet** und **zur Tarnung** als Radarstation ausgegeben. Um die **abhörtechnische** Ausstattung des Tunnels kümmerten sich Spezialisten des **britischen SIS**.

Am **11. Mai 1955** wurden die Leitungen erstmals erfolgreich angezapft. In den darauf folgenden elf Monaten zeichneten die Spionagetechniker Gespräche auf **50 000 Magnetbänder** mit einem Gesamtgewicht von **25 Tonnen** auf. Das gesamte Material wurde nach London und Washington gebracht. Dort fertigte ein Team von **300 Nachrichtendienstlern** Niederschriften und Übersetzungen von etwa **368 000 Gesprächen** der Sowjets und **17 000 Gesprächen** in deutscher Sprache an.

Der Tunnel, von den Briten mit dem Codewort „**Stopwatch**“ (Stoppuhr), von den Amerikanern mit dem Namen „**Gold**“ versehen, war für die USA und für Großbritannien eine **einzigartige Quelle** aktueller Geheimdienstinformationen aus dem sowjetischen Bereich – in einer Qualität, wie sie **seit 1948 nicht verfügbar** war. Die Verantwortlichen haben den Tunnel während seiner Nutzung als **Hauptquelle** für Frühwarnungen bezüglich sowjetischer Absichten in Europa, wenn nicht weltweit, betrachtet.

Und doch lag im Fall von „Stopwatch/Gold“ das **Schicksal** der Operation nicht in britischen oder amerikanischen Händen, sondern in denen der **Sowjets**. Dank „ihres“ Mannes im britischen Geheimdienst SIS, George Blake, hatte Moskau von Anfang an über den Tunnel Bescheid gewusst. Aber **warum** griffen die Sowjets nicht **sofort** ein, sondern ließen es zu, dass die vertraulichen Gespräche ihrer Militärs **elf Monate lang** dem Gegner preisgegeben wurden?

Beim Bau der A113 im Südosten Berlins im Jahr 2005 war ein Teilstück der Tunnelröhre im Wege. In der Sonderausstellung ist es zu sehen.



Die Antwort: Der KGB war fest entschlossen, **Blake zu schützen** und ihn nicht auffliegen zu lassen. Denn er lieferte dem sowjetischen Geheimdienst einfach **zu wichtige** Informationen. So entschied man, sich erst nur auf **die Lauer zu legen** und später „zufällig“ hinter das Geheimnis des Tunnels zu kommen.

Am **22. April 1956** war für den damaligen sowjetischen Generalsekretär Nikita Chruschtschow der Moment für die **Aufdeckung** gekommen: Die durch große Regenmassen hervorgerufenen Leitungsschäden in Ost-Berlin lieferten die **notwendige Legende**. So schickte man die deutschen Fernmeldetechniker und die sowjetischen Soldaten los, den „**Schaden**“ unterhalb der Schönfelder Chaussee zu beheben ... Nach seiner Enttarnung wurde der Tunnel von den Amerikanern auf Höhe der Sektorengrenze versiegelt und geriet bald in **Vergessenheit**, bis seine Überreste 1997, lange nach dem Fall der Mauer, **wiederentdeckt** wurden.

Über diese Spionageaktion, die wohl zu den spektakulärsten, schwierigsten und für den Westen ertragreichsten des Kalten Krieges gehört, informiert jetzt eine **Sonderausstellung** des Alliiertenmuseums in Berlin-Zehlendorf. Anlass zur Konzeption der Schau war einerseits der **50. Jahrestag** der Tunnelentdeckung, andererseits die **Bergung** des letzten noch existierenden Röhrenstücks, das zu Beginn des letzten Jahres **zufällig** bei Bauarbeiten am Autobahnprojekt A 113 im Südosten Berlins freigelegt worden war.

Dieses **Tunnelsegment** kann der Ausstellungsbesucher **bis zum 24. Oktober 2006** in Augenschein nehmen und dabei nachempfinden, wie es den amerikanischen und britischen Soldaten beim Bau zumute gewesen sein könnte. Dazu wird eine umfangreiche **Dokumentation** mit bisher **unveröffentlichtem** Foto- und Filmmaterial präsentiert.

Alliiertenmuseum,
Clayallee 135,
14195 Berlin-Zehlendorf,
geöffnet 10 bis 18 Uhr,
mittwochs geschlossen.
Telefon: 030-81 81 99 -0
Fax: 030-81 81 99 -91
E-Mail: info@AlliiertenMuseum.de

IMPRESSUM	DER HAUPTSTADTBRIEF
erscheint seit Oktober 1999	monatlich
Herausgeber	Detlef Prinz
Redaktionelle Konzeption und Chefredaktion	Bruno Waltert
Bildredaktion	Paul Maria Kern
Gestaltung	Witt & Kern.Design
Titel	DDP/Theo Heimann
Satz und Bildbearbeitung	Manuel Schwartz, Mike Zastrow, HAUPTSTADTBRIEF
Anzeigen	es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom Januar 2004
Verlag	HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
	Inhaber: Detlef Prinz, Verleger
	Tempelhofer Ufer 23/24, 10963 Berlin
	Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47
	info@derhauptstadtbrief.de
	www.derhauptstadtbrief.de
Druck	Fiedler Druck GmbH & Co. KG
	Lossaustraße 3, 96450 Coburg
	Telefon 0 95 61 - 55 213, Fax 0 95 61 - 55 21 50
Redaktionsschluss	24. Mai 2006
Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion – und stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.	

Auf dem Spiel steht die Legitimation demokratischer Politik

Von RAFAEL SELIGMANN

Glaubwürdigkeit ist das wertvollste Kapital demokratischer Politiker, ja der Demokratie insgesamt. Wer aus Opportunismus oder Unbedarftheit diesen Wert beeinträchtigt, schädigt die Basis unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

Vor gut einem Jahr dachte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm öffentlich darüber nach, ob nicht die repressive DDR-Diktatur Mitverantwortung für eine Verrohung und Kriminalisierung einzelner in den neuen Bundesländern trage. Obgleich Schönbohms Überlegungen durchaus nachvollziehbar waren und von Kriminalwissenschaftlern und Psychologen geteilt wurden, ergoss sich eine Flut der Kritik gegen den CDU-Politiker.

Die Politisch-Korrekten, denen ihre Gut-Schlecht-Schablonen allemal wichtiger sind als unvoreingenommenes Denken, senkten ihre Daumen. Ihr Dogma: Der Mensch ist gleich – einerlei, wie er von seiner Umwelt geprägt wurde.

Nun hat der frühere Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye dunkelhäutige Besucher der Fußballweltmeisterschaft vor bestimmten Orten in Berlin und Brandenburg gewarnt. Der Aufenthalt dort könne für sie lebensgefährlich werden, betonte Heye. Obgleich jeder Beobachter ohne rosarote Brille bestätigen kann, dass Heye Recht hatte, erntete er vehemente Kritik. Er beschädige das positive Image Deutschlands, gefährde den Zustrom von WM-Touristen und diffamiere die ostdeutschen Bundesländer.

Bemerkenswerterweise reihte sich Jörg Schönbohm unter die Kritiker Heyes ein. Der Politiker müsste es schlechter wissen. Als Innenminister Brandenburgs ist er darüber im Bilde, dass in seinem Bundesland rassistische Anschläge durchaus häufiger geschehen. Er selbst macht sich Gedanken über die Ursachen – doch die Gelegenheit, sich als Wahrer der Interessen seines Bundeslandes hervorzutun, war Schönbohm offenbar wichtiger als – siehe seine früheren Äußerungen – die eigene politische Glaubwürdigkeit.

Ähnlich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Zunächst hatte der Politiker die Abschottung der DDR als eine entscheidende Ursache für Fremdenfeindlichkeit bezeichnet. Doch als der dunkelhäutige Deutsche Ermyas M. in Potsdam mit hoher Wahrscheinlichkeit Opfer eines rassistischen Angriffs wurde,

meinte Schäuble kühl: auch Blonde und Blauäugige würden angegriffen. Gewiss. Doch Herr Schäuble kennt die Statistiken besser als die meisten und ihm ist bekannt, dass Dunkelhäutige in manchen Teilen Deutschlands stark gefährdet sind.

Schade, dass Uwe-Karsten Heye sich nach dem massiven Druck aufgrund seiner durchaus zutreffenden Äußerungen gezwungen wähnte, seine richtige Aussage zurückzuziehen. Auf diese Weise wurde die Chance verpasst, sich dem Missstand zu stellen, was Voraussetzung ist, ihn durch langfristige Maßnahmen abzubauen. Stattdessen büßten viele Beteiligte und damit unsere politische Kaste Glaubwürdigkeit ein.

Die Beschädigung des Rufs der Politik beschränkt sich keineswegs auf die Interpretation der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz. Viel breiter gefächert ist der Imageschaden der gegenwärtigen Steuerpolitik. Es ist wahr: Unser Staat ist gewaltig, mit mehr als einer Billion Euro verschuldet. Diese Hypothek muss abgebaut werden. Zwei Wege bieten sich an: die Ausgaben des Staates zu senken oder die Steuern zu erhöhen.

Die SPD und ihr Spitzenkandidat, der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, gefielen sich im letzten Bundestagswahlkampf als Krieger wider die Abgabenerhöhung. Das zarte Pflänzchen der Konjunktur dürfe nicht durch neue Steuererhöhungen gefährdet oder gar niedergetrampelt werden. Der Vorwurf der Abgabenerhöhung richtete sich gegen die Unionsparteien, welche eine Steigerung der Umsatzsteuer um 2 Prozent planten. Also lautete die eingängigste Wahlkampfparole der SPD: „Merkelsteuer, das wird teuer!“

Nach dem Wahlkampf aber waren die Beschwörungen sogleich vergessen. Die Unionsparteien einigten sich rasch auf eine weit kräftigere Schluckfolge aus der Steuerpulle als sie der Bevölkerung zuvor angekündigt hatten. Union 2 Prozent + SPD gegen höhere Abgaben = 3 Prozent Umsatzsteuererhöhung + Kürzung der Pendlerpauschale + Senkung des Steuerfreibetrages + höhere Besteuerung von Sonderarbeit und als Sahnehäubchen die Streichung der Abzugsfähigkeit für den Steuerberater – dieser Punkt verleiht dem Unsinn der Steuererhöhung einen makabren Sinn: Der Bürger soll zahlen, statt sich beraten zu lassen, wie sich die Ausgaben eventuell in Grenzen halten ließen.

Summa summarum wird die Bevölkerung in den kommenden drei Jahren um zusätzlich 65 Milliarden Euro geschröpft. Dies ist die massivste Steuererhöhung seit Bestehen der Bundesrepublik.

Um den Imageschaden als einstmalige Steuererhöhungsverhinderer in Grenzen zu halten, holt die SPD die Giftpille der „Reichensteuer“ aus dem Gruselkabinett der unwirksamen Politik. Die Erhöhung der Abgaben für Gutverdienende um 3 Prozent hat so gut wie keine haushaltswirtschaftliche Relevanz.

Sie soll lediglich den Schlechtverdienenden, nunmehr noch höher Besteuerten, zeigen, dass die „Großkopferten“ noch stärker zur Ader gelassen werden. Fazit: Außer Spesen wenig gewesen. Das wenige wiederum ist das zerbrochene Porzellan der politischen Glaubwürdigkeit. Wer jetzt noch unseren Politikern Glauben schenkt, gilt unter seinen Mitmenschen nicht zu Unrecht als naiv.

Was schädlich ist für die Innen- und Finanzpolitik, gilt auch für die Außenpolitik. Seit drei Jahren verhandeln Deutschland, Frankreich und Großbritannien mit Teheran über eine Einstellung des iranischen Aufrüstungsprogramms für Kernwaffen und deren Träger. Alle Seiten wissen definitiv und die Internationale Atombehörde unter deren Vorsitzendem Mohammed el-Baradei bestätigt es, dass Teheran an Atomwaffen bastelt.

Irans Präsident Achmadinedschad macht auch kein Geheimnis daraus, dass er Israel vernichten will – wie ein guter Nazi oder Altnazi macht er sich eine Gaudi, gleichzeitig den Völkermord an den Juden zu leugnen.

Die Spitzenpolitiker in Ost und West wissen also, was Teheran plant. Man nimmt es hin – oder geht dagegen vor. Dies bedeutet keineswegs Krieg. Es gibt die breite Palette internationaler Sanktionen. Mit ihrer Hilfe wurde einst das rassistische Regime Südafrikas, das ebenfalls Kernwaffen entwickelte, in die Knie gezwungen. Doch Sanktionen erfordern Konsequenz, Geduld – und sie kosten Geld. An allem mangelt es den Großmächten.

So beruft man sich auf Russen und Chinesen, die partout mit Iran Geschäfte machen wollen. Weil wir es ihnen erlauben! Moskau und Peking, die auf Exporte in den Westen angewiesen sind, würden rasch ihre Haltung ändern, wenn sie merken würden, dass es Europäern und Amerikanern ernst ist mit dem Vorhaben, Iran den Bau von Massenvernichtungswaffen nicht zu erlauben.

Selbstverständlich will der Westen das Beste, gewiss will kein vernunftbegabter Politiker Atombomben und Trägerwaffen in den Händen des fanatischen Israelhassers Achmadinedschad wissen.

Doch alle scheuen sich, diese Ziele konsequent mit der Drohung oder gar dem Einsatz kostspieliger ökonomischer und politischer Sanktionen durchzusetzen. Das Ergebnis ist eine Beschwichtigungspolitik, die Teheran zur ungehinderten Weiterverfolgung seiner atomaren Ambitionen animiert.

Auf den mannigfachen Spielfeldern der Politik steht deren Legitimation. Unsere Politiker sind zum glaubwürdigen Handeln aufgerufen – ansonsten verlieren sie die Grundlage ihrer Arbeit. Die Demokratie nähme Schaden.



Classic Open Air auf dem Gendarmenmarkt (Archivbild).

Classic Open Air im Juli als Kontrast zur WM

Wo in der Hauptstadt kann man **künstlerische** und **kulinarische** Freuden auf angenehmste Art miteinander verbinden? Der **Gendarmenmarkt** ist solch ein von Kennern und Stadtbummelnern hochgeschätztes Quartier. Hier wird nicht nur in edlen Lokalitäten Feinstes aufgetischt, sondern auch **musikalische Kost** künstlerisch hochqualifiziert serviert.

Und zwar im platzbeherrschenden **Konzerthaus** mit seiner imposanten Freitreppe, dem großen Friedrich von **Schiller** auf dem Sockel davor und mit der einzigartig **dekorativen Lage** zwischen Französischem und Deutschem Dom.

Ein Ensemble im **Herzen** der Hauptstadt, von First-Class-Herbergen und noblen Speisehäusern umstellt und nur wenige Schritte von den Verkehrsadern **Friedrichstraße** und **Unter den Linden** entfernt. Öffentliche Verkehrsmittel sind hier gut vertreten, was den **Verzicht auf den eigenen Wagen** leichtfallen lässt.

Was wird hier **speziell im Juli** geboten sein, wenn sich der nach dem einst hier gelegenen Exerzierplatz des Regiments „**Gens d'Armes**“ benannte Platz zum 15. Male in das **musikalische Zentrum** der Stadt verwandelt? Sicher ist: Zehntausende von

Besuchern werden dann wieder das **Hochgefühl** erfahren, auf **einem der schönsten Plätze Europas** Konzerte unter freiem Himmel zu erleben.

Das kurze, aber **hochkarätige** Festival startet – **parallel** zu der **entscheidenden Phase** der Fußball-Weltmeisterschaft – am **6. Juli** mit einer **Französischen Nacht** in bilateraler Besetzung. Juliette **Greco**, die dunkle Diva der Pariser Clubs, begegnet bei „La Musique de France“ ihren deutschen Kollegen Ute **Lemper** und Klaus **Hoffmann**. Die Topstars werden tatkräftig und klangfreudig unterstützt von Jana **Büchner** (Sopran), Anke **Lautenbach** (Mezzosopran), Dietrich **Greve** (Bariton), Tina **Tandler** (Alt-Saxophon) sowie Orchester und Ballett aus **Chemnitz**.

Danach geht es **Schlag auf Schlag** und Note für Note weiter. Auf eine **italienische Nacht** „La Dolce Vita“ am **7. Juli**, bei der unter anderen Angelo **Branduardi** und der Tenor Vincenzo **La Scola** auftreten, folgen am 8. Juli die „Berlin Classics“ mit Angelika **Milster**, Judy **Winter**, Jochen **Kowalski** und weiteren Künstlern in Zusammenarbeit mit dem **Friedrichstadtpalast**.

Das vierte Konzert des Festivals findet am Nachmittag des **9. Juli** bereits **ab 16 Uhr** statt, Stunden **vor** dem großen WM-Finale im Olympiastadion, das an diesem Tag die Hauptstadt und die weltweite Fangemeinde elektrisieren wird. Bei dem Programm „**Latino Classics**“ wollen sich auf der Open-Air-Bühne am Gendarmenmarkt Sänger und Tänzer aus **Venezuela, Brasilien, Mexiko** und **Kuba** mit dem Deutschen **Filmorchester Babelsberg** für Tango, Samba und Salsa ins Zeug legen.

Eine **zünftige Begleitmusik** zum **Endspiel der Ballzauberer**, bei dem aller Voraussicht nach brasilianische oder andere südamerikanische Fußballartisten für heiße Rhythmen sorgen werden. Falls nicht **doch** Klinsmanns Truppe für eine deutsche Überraschung sorgt: Nach dem „**Wunder von Bern**“ ein „**Wunder von Berlin**“?

Den **Abschluss** von Classic Open Air bildet am **10. Juli** das Programm „**East Rock Symphony**“, bei dem die **Puhdys, City** und **K. . . .!** sowie Ute **Freudenberg** und viele andere die erfolgreichsten Songs aus vier Jahrzehnten vortragen. So etwa „Alt wie ein Baum“, „Über sieben Brücken“ und „Jugendliebe“, die zu den **bekanntesten Rock-Balladen** zählen.

Die **Classic-Bilanz** kann sich sehen lassen. In den vergangenen vierzehn Jahren kamen **mehr als 450 000 Besucher** zu den 78 Konzerten, das Medienecho hallte in **mehr als sechzig** Ländern nach. Auch über **internationales Lob** kann sich Festivaldirektor Gerhard **Kämpfe** freuen: Im Februar wurde Classic Open Air in der Kategorie „**Herausragendes Festival**“ mit einem wichtigen Entertainment-Preis geehrt.

Classic Open Air,
Media On-Line-Management,
Dorotheenstraße 34, 10117 Berlin,
Tel: 31 57 540, Fax: 31 57 54 49,
Ticket-Hotline 01805 / 121,
www.classicopenair.de und
www.ticketonline.de
-NZ E-Mail: info@classicopenair.de

Spree-Uferpromenaden durchs Regierungsviertel sind jetzt komplett

Für Fußgänger und Radfahrer bietet sich jetzt **auf beiden Seiten des Spreeufers** eine attraktive Möglichkeit, die Gebäude im neuen **Regierungsviertel** in Augenschein zu nehmen und zugleich auf vielen Parkbänken entlang des Flusses auszuruhen. Mit der Fertigstellung der letzten beiden Abschnitte gibt es nun eine **durchgehende Promenade** vom Schiffbauerdamm bis zum Moabiter Werder.

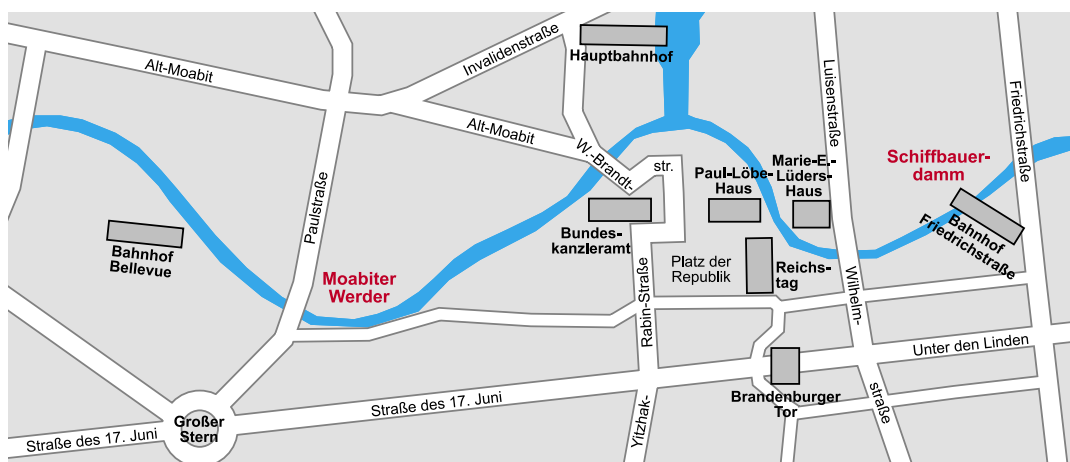
Ganz neu ist die Passage vom Marie-Elisabeth-Lüders-Haus bis zur Moltkebrücke. Auf einem **vier Meter breiten Streifen** aus grauem und ebenem Granit mit seitlich abgesetzten Großpflastersteinen kann man direkt an der mächtigen Freitreppe der **Parlamentsbibliothek** (Lüders-Haus) vorbeiflanieren und findet hier auch den Eingang in den darin befindlichen **Ausstellungsbereich**.

Der Bau der letzten Uferabschnitte hat etwa **900 000 Euro** gekostet, von denen der Bund **zwei Drittel** übernahm. Auf 77 Parkbänken kann man hier verweilen. Zur Sicherheit wurden entlang des Spreeufers kleine **Orientierungsleuchten** in den Boden und in große Granitblöcke eingelassen.

Auf der gegenüberliegenden, **bereits vor zwei Jahren eröffneten** Promenade kommt man, am **Reichstagsgebäude** startend, vorbei an der Uferseite des Paul-Löbe-Hauses, weiter am **blauen Kindergartenbau** für den Nachwuchs der Bundestagsbediensteten zu einem fast 200 Meter langen **Anlegebereich** nahe der Moltkebrücke, an dem **Wassertouristen** ihre Boote festmachen können.

Für die Herstellung der Spreepromenaden im Regierungsviertel wurden seit 2002 **insgesamt knapp acht Millionen Euro** investiert. Weitergebaut wird die Uferpromenade demnächst am **Humboldthafen**. Die Eröffnung ist für das Frühjahr 2007 geplant.

Tobias v. Schoenebeck



Uferpromenaden entlang der Spree gibt's jetzt beidseitig zwischen Schiffbauerdamm und Moabiter Werder.

Noch im Jahr 2006 muss die Berliner Bank verkauft werden

Von DIETER WUSCHICK

Der Bankenplatz Berlin steht vor großen **Veränderungen**: Die größte Privatbank der Hauptstadt, die **Berliner Bank**, eine – allerdings unselbständige – Tochter der Bankgesellschaft Berlin, wird noch in **diesem Jahr verkauft**. Im **nächsten Jahr** ist dann der größte Bankenkonzern Berlins und das sechstgrößte Finanzunternehmen Deutschlands zum Verkauf ausgeschrieben: die **Bankgesellschaft Berlin**.

Hintergrund der spektakulären Bankendeals sind allerdings **nicht** fundierte betriebswirtschaftliche Kalkulationen der **Eigentümer** – **81 Prozent** der Bankgesellschaft gehören dem Land Berlin, der Rest befindet sich im Depot anderer Landesbanken oder im Streubesitz. Das Verkaufsangebot entspricht vielmehr einer **Auflage der EU-Kommission** aus dem Jahr 2001.

Damals musste das **Land Berlin** die Bankgesellschaft aus einer **schweren Krise** wegen Milliardenrisiken im Immobiliengeschäft durch Finanzhilfen retten. Die EU-Kommission hatte dieser staatlichen Subventionsmaßnahme jedoch **nur zugestimmt**, wenn sich das Land Berlin verpflichtete, die Bankgesellschaft schrittweise zu entflechten und Teile des Konzerns zu verkaufen.

Das war das **bittere Ende** für eines der interessantesten Experimente im sonst oft so konservativen deutschen Kreditgewerbe – der Verschmelzung einer **Privatbank** (Berliner Bank) mit den **öffentlich-rechtlichen Banken** Berliner Sparkasse und Landesbank Berlin. Beide Sektoren des Kreditgewerbes haben ja relativ **unterschiedliche** Aufgaben und Refinanzierungsmöglichkeiten:

Privatbanken müssen bei Kapitalbeschaffung und Kreditvergabe zu marktüblichen Bedingungen agieren, **öffentlich-rechtliche Banken** sollen die Strukturpolitik des regionalen Trägers durch günstige Kredite unterstützen. Mit einer Gebietskörperschaft wie dem Land Berlin als Träger gelten sie dafür als **besonders kreditwürdige** und sichere Kunden und erhalten deshalb ihre Finanzmittel zu **günstigeren Bedingungen**.

Diese **Vereinigung** der privaten Berliner Bank mit den öffentlich-rechtlichen Instituten Berliner Sparkasse und Landesbank Berlin, dazu noch mit der Hypothekenbank Berlin-Hyp, wurde von Anfang an von der Konkurrenz **misstrauisch beäugt** und war in der Branche und der Fachpresse **heftig umstritten**. Tatsächlich zeigten sich bald **erhebliche Konstruktionsmängel** dieser Fusion.

Verluste der Berliner Bank wurden aus Gewinnen der Landesbank **quersubventioniert**, die Sparkasse baute ihr Geschäft mit Geldmarktprodukten und den Eigenhandel mit Geldmarktprodukten aus – was nun einmal **nicht** zu den originären Aufgaben einer öffentlich-rechtlichen Bank gehört. Auch wurden Geschäftsfelder der Tochtergesellschaften **zusammengelegt** und somit die unterschiedlichen Aufgabenstellungen **verwischt**.

Das **allein** hätte sicher schon genügt, um mit der Zeit die umstrittene Fusion wieder auf den **Prüfstand** zu stellen. Der eigentliche Grund für die tiefe Krise der Bankgesellschaft am Ende des ausgehenden Jahrhunderts lag aber in **schweren Fehlentwicklungen** im Immobiliengeschäft.

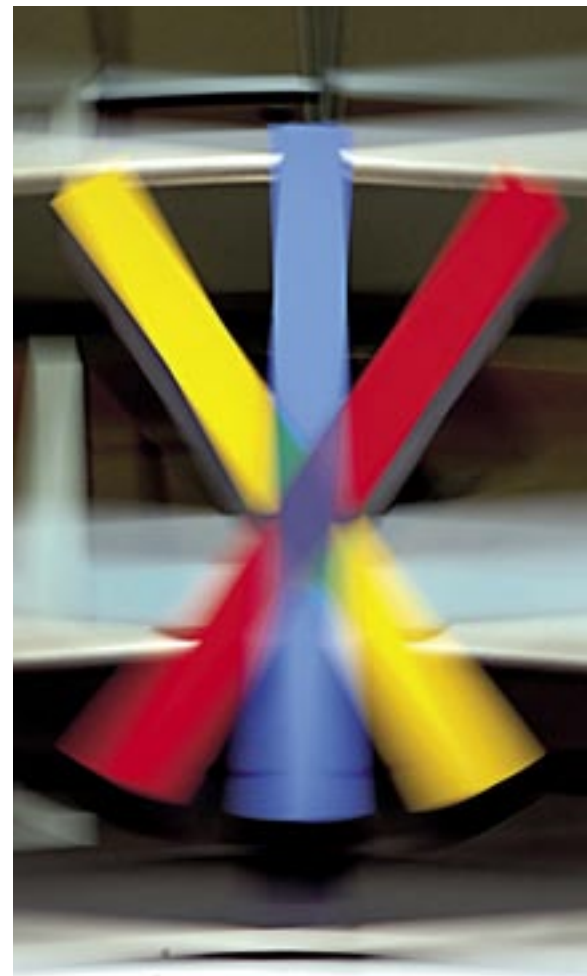
Nach der Wende – so heißt es im jüngst veröffentlichten Bericht eines Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin – habe sich in Berlin **Goldgräberstimmung** breit gemacht (zumindest in gewissen Kreisen, vor allem bei regionalen Politikern). Immobilien sollten das **große Geschäft** werden, auch für die landeseigene Bankgesellschaft. **Warnende Stimmen**, wie der Gerlach-Report von 1995, der einen Zuzug von 600 000 Menschen in die Stadt für utopisch hielt, wurden **missachtet**.

Die Bankgesellschaft kurbelte ihr Immobiliengeschäft kräftig an. Im Jahr 2000 war die Immobilien-Tochter IBG der Bankgesellschaft **Marktführer in Deutschland**. 60 geschlossene Immobilienfonds legte sie auf. Damit immer mehr Menschen in die Fonds ihr Geld investierten, wurden **Mietgarantien** abgegeben, also sichere Ausschüttungen zugesagt.

Mietgarantien wurden über **25**, sogar über **30 Jahre** ausgesprochen. Diese Konditionen galten als die **entscheidenden Vorteile der Fonds der Bankgesellschaft** gegenüber der Konkurrenz. Dieser Vorteil sollte sich später **zum Nachteil** für das Land entwickeln. Der Senat musste **21,6 Milliarden Euro** absichern.

Was einige exklusive Fonds besonders für wohlhabende Anleger interessant machte, waren die **steuerlichen Verluste**. Wer zum Beispiel 1993 100 000 Mark in den GEHAG-Fonds 12 investierte, konnte **226 Prozent** bei seinem Finanzamt geltend machen.

Eine **echte Kontrolle** des Fondsgeschäfts und der Immobilien, die gekauft werden sollten, gab es laut Bericht **nicht**. Zwar existierte ein Produktcontrolling. Seine Aufgabe bestand aber weder in der Qualitätsprüfung der Objekte, noch in der Überwachung



Das Logo der Bankgesellschaft Berlin.

der Fertigstellung von Projekten. Das „**Controlling**“ hatte im Wesentlichen nur sicherzustellen, dass alle Mitglieder eines internen Ausschusses rechtzeitig vor Sitzungen mit Unterlagen versorgt waren.

Damit war die Krise, die die Bankgesellschaft um die Jahrhundertwende schwer erschütterte, **schon in der Struktur** vorprogrammiert. Als dann viele der großspurigen Projekte fehlschlagen, stand das Land Berlin als Haupteigentümer vor einer **schweren Entscheidung**:

Entweder die Bank meldet Konkurs an, aber das hätte zehntausende **Arbeitsplätze** gekostet, Berlin einen schweren **Imageschaden** zugefügt und erhebliche **Folgekosten** verursacht. **Oder** das Land übernimmt 2,1 Milliarden sofortige **Verpflichtungen** und gut 21 Milliarden **Risiken** für die nächsten 30 Jahre.

Berlin entschied sich schließlich für die **zweite** Variante – auch in der Hoffnung, dass die Bankgesellschaft wieder auf die Beine kommt und die drohenden Risiken vielleicht doch noch aus eigener Kraft bewältigt.

Die EU-Kommission stimmte dieser Subvention jedoch nur unter **schweren Auflagen** zu. Die erste bestand darin, die Bankgesellschaft wieder zu entflechten und die Berliner Bank zu verkaufen. Dieser Schritt muss **bis Ende** des Jahres 2006 abgeschlossen sein.

Das **Interesse** an der Berliner Bank ist überraschend groß. Nähere Einzelheiten sind von der Bankgesellschaft offiziell nicht zu erfahren, da mit allen potenziellen Käufern **Stillschweigen** vereinbart wurde. Aus Bankenkreisen ist jedoch zu hören, dass vor allem **große deutsche Banken** ihr Interesse an der Berliner Bank bekundet haben. Die **Berliner Volksbank** hat als erste bereits vor einigen Jahren ihren Hut in den Ring geworfen und ihr Interesse an der Berliner Bank bekundet.

Auch Bankenprimus **Deutsche Bank** hat sein nachdrückliches Interesse angemeldet. In den letzten Monaten kurz vor Ende der Bieterfrist haben auch die **Commerzbank** und die **HypoVereinsbank** Kaufabsichten bekundet.

Das **große Interesse** ist verständlich. Exakte Zahlen über Gewinne oder Verluste liegen zwar **nicht** vor und wurden auch von der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Ende Mai 2006 nicht erwartet, da die Berliner Bank nicht als **selbständige** Tochter, sondern nur als ein **Teilbereich** der Bankgesellschaft behandelt wird und damit **keine gesonderten** Zahlen veröffentlicht werden.

Nach eigenen Angaben betreut die Berliner Bank **318 000 Privat-** und **14 000 Firmenkunden**. Sie verwaltet ein Kreditportfolio von **3,7 Milliarden Euro** – für den künftigen Eigentümer also wesentlich mehr als nur ein interessantes Schnäppchen.

Jetzt kommt das historische Zeughaus zu neuen Ehren

Was **lange währt**, wird – hoffentlich – endlich gut. Die Geschichte von Renovierung, Umgestaltung und erhoffter Wiedereröffnung des Berliner Zeughauses ist lang und nicht so sehr erfreulich. Sollte nicht alles schon **vor Jahren** unter Dach und Fach und in trockenen Tüchern sein? Zwar wurde das Haus, das eigentlich **2002** wieder seine Pforten öffnen sollte, **zwei Jahre später** offiziell übergeben.

Doch das **Innere** blieb für Besucher noch **verschlossen**. Hammer und Spachtel wurden von einer **extensiven Baubürokratie** geschwungen, die den Fortgang wieder und wieder **verzögerte**. Auch der geplante Eröffnungstermin **Ende 2005** verstrich. „Irgendwann im Frühjahr 2006“, hieß es schließlich.

Derweil durfte man sich im deutschen Geschichtsmuseum mit dem (allerdings höchst attraktiven) An- und Neubau des Architekten **I. M. Pei** und den darin platzierten **Sonderausstellungen** trösten, die immerhin seit der Eröffnung im Mai 2003 zu einer Besucherzahl von **436 000** führte. Auch der **Innenhof** mit den **22 steinernen Masken** sterbender Krieger von Andreas Schlüter war zwischendurch schon als Veranstaltungsort zu nutzen.

Nur mit der Präsentation der **Schaustücke aus zwei Jahrtausenden** deutscher Geschichte hatte es seine gute **Weile** ... Nun aber soll alles fertig werden. **Am 2. Juni**, so verspricht die Leitung des Deutschen Historischen Museums hoffnungsvoll, wird an dieser zentralen Stelle des Boulevards Unter den Linden und mitten in einem **wachsenden Kulturviertel** zwischen Theatern und Museen **Eröffnung** gefeiert. Bundeskanzlerin Angela **Merkel** wird neben vielen anderen Ehrengästen erwartet.

Von da an rückt der nach dem Abriss des Stadtschlusses **wichtigste verbliebene Barockbau Berlins** wieder glanzvoll in den Mittelpunkt des Interesses und der Besucherströme aus Nah und Fern. **Unübersehbar** ist er ja – der Gebäudequader mit einer Seitenlänge **von 90 Metern**. Flankiert wird er von dem Kastanienwäldchen und der Neuen Wache im Westen und der Spree im Osten, mit seiner repräsentativen Fassade ist der Bau zum Linden-Boulevard ausgerichtet. **1706** war seine **äußere Form** vollendet worden, die Einrichtungsarbeiten gingen noch **bis 1730** weiter. Johann Arnold **Nering**, Martin **Grünberg**, Andreas **Schlüter** und Jean **de Bodt** waren damals am Bau beteiligt.

Schon der **Große Kurfürst** soll den Gedanken einer **Rüstkammer** für Waffen, Kriegsbeute und Trophäen artikuliert haben. Seit **1875** diente das Zeughaus als **Ruhmeshalle** für die

1. Jh. v. Chr. – 1500 Frühe Kulturen und Mittelalter



Halbaugustalis,
Kaiser Friedrich II.,
um 1231.



Bernhard Stigel,
Kaiser Maximilian I.,
Gemälde, 1496.

Bilder der Ausstellung

**Ein Gang durch die deutsche Geschichte:
Ab 2. Juni präsentiert das Deutsche Historische Museum
auf 7500 qm Ausstellungsfläche 8070 historische Exponate.**

Die ständige Ausstellung wird täglich geöffnet sein (10-18 Uhr),
außerdem sind wechselnde Abendveranstaltungen geplant.
Eintrittspreis €4, Jugendliche bis 18 Jahre haben freien Eintritt.
Ermäßigungen gibt es nicht.



1500 – 1650 Reformation und Dreißigjähriger Krieg

Lucas Cranach d. Ä.,
Reformator Martin Luther
(1483 – Eisleben – 1546),
Gemälde, 1539.

Reisesonnenuhr, 1614.



1789 – 1871 Französische Revolution bis zum zweiten deutschen Kaiserreich

Francois Gérard:
Kaiser Napoleon I.,
Gemälde, nach 1806.

Bockdampfmaschine,
1847.



1871 – 1918 Kaiserreich und Erster Weltkrieg



Franz v. Lenbach,
Reichskanzler Fürst
Otto von Bismarck-Schönhausen,
Gemälde, 1879.

Automobil „Maurer Union“,
1898/1908.



1918 – 1933 Weimarer Republik

Fritz Rosen, „Nach Berlin“,
Plakat, 1926.

Otto Griebel,
Die Internationale,
Gemälde, 1929/1930.



1933 – 1945 NS-Regime und Zweiter Weltkrieg

„Verdunkeln!“, Plakat, 1940.

Felix Nußbaum, „Im Versteck“,
Gemälde, 1944.



1945 – 1950 Deutschland unter alliierter Besatzung

Berlin-Blockade,
Amerikanisches Flugzeug
beim Anflug
auf den Flughafen Tempelhof,
Foto, 1948.

Ryan Dirksen, „Europe“,
All our colours
to the mast,
Plakat, 1950.

preußische Armee und als **Waffen- und Kriegsmuseum**. Nach schweren Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg wurde der Komplex 1952 zum **zentralen Museum der DDR** für deutsche Geschichte im Sinne der damals Tonangebenden.

Mit der Wiedervereinigung ging das Zeughaus an das **Deutsche Historische Museum** über. Erster Generaldirektor war Professor Christoph **Stölzl**, später Berliner Kultursenator und CDU-Kommunalpolitiker. Im Mai 2000 wurde Professor Hans **Ottomeyer**, zuvor Chef der Kasseler Museen, zum neuen Generaldirektor berufen. Für ihn und die sieben Sammlungskuratoren des Hauses geht nun eine **Zeit der Geduldsprobe** zuende, und zu Pfingsten kann man die Institution DHM in **neuer attraktiver** Ordnung vorstellen.

Den Besucher erwartet ein Rundgang in **zwei Etagen**, der ihn im Zeitraum von **ein bis zwei Stunden** durch deutsche Geschichte im europäischen Rahmen führt.

Mit den **Kelten** und **Römern** beginnt alles im 1. Jahrhundert n. Chr. Im **Obergeschoss** führt der historische Bummel über Karl den Großen und das Heilige Römische Reich deutscher Nation zu Reformation und Dreißigjährigem Krieg, zum Kampf um die Vormacht in Europa, zur ersten deutschen Nationalversammlung und zur Gründung des Kaiserreiches, ferner **bis zu den Ereignissen bei Kriegsende 1918**.

Im **Untergeschoss** schließen sich die Weimarer Republik, die Zeit des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs, die Jahre der alliierten Besetzung sowie Teilung und Wiedervereinigung des Landes an. Haushaltsgegenstände und andere Zeugnisse der **Alltagskultur** finden sich ebenso wie **Flugblätter, Landkarten, Dokumente, Siegel** und **Autographen**. **Waffen** und **Rüstungen** glänzen auf, zu sehen sind **Fahnen, Orden** und **Ehrenzeichen**. **Politische Plakate, Graphik, Gemälde**, Fotos und Filme illustrieren historische Ereignisse.

Wer die acht Epochenbereiche nicht nur im **Schnelldurchgang** abarbeiten möchte, findet **neben dem Hauptweg** besondere Kabinette, Galerien und andere Räume, die wichtige Entwicklungen und Ereignisse **speziell** beleuchten. Geschichte nicht als akademischer Lernstoff, sondern als **höchst lebendige** und **unterhaltsame Begegnung** mit deutscher Vergangenheit und ihrer Ausstrahlung in unsere Gegenwart. **Schaut hin, woher ihr kommt**, könnte die Devise lauten.

Dieter Strunz

Deutsches Historisches Museum,
Unter den Linden 2,
10117 Berlin-Mitte.
Täglich 10 bis 18 Uhr,
Tel: 20 30 4-0, Fax: 20 30 46 43.
www.dhm.de,
E-Mail: webadmin@dhm.de

Das Museum auf einen Blick

Hauptnutzfläche im Zeughaus: 13 140 qm, Ausstellungsfläche: 7500 qm
Exponate: 8070, Medienstationen: 138
Meilensteine zur Orientierung: 27, Kino mit 167 Plätzen
Gastronomie auf 600 qm, Buchladen



Ein Prachtexemplar aus dem Berliner Gaslaternen-Freilichtmuseum.

Gaslaternen- Freilichtmuseum bis Anfang Juni 2006 restauriert

In Berlin gibt es zentral gelegene Einzigartigkeiten, die kaum jemand kennt. Zu ihnen gehört das **Gaslaternen-Freilichtmuseum**, das sich in Höhe des Berlin-Pavillons von der Straße des 17. Juni bis zur Unterschleuse im Tiergarten erstreckt. Entlang eines etwa **200 Meter langen** Weges sind hier **90 gusseiserne Gaslaternen** aufgestellt, die zusammen das **größte Museum seiner Art** in Europa bilden.

Die Exponate stammen aus 25 deutschen und 11 anderen europäischen Städten. Doch dieses formschöne Kandelaberensemble befand sich **lange in traurigem Zustand**: Viele Laternenscheiben waren eingeschlagen, Beschriftungsschilder demontiert, die meisten Glühstrümpfe entwendet oder zerstört – **nur wenige Lampen funktionierten** noch.



Doch von Anfang Juni 2006 an sollen die **Laternen alle wieder** in neuem Licht erstrahlen. Die **Gasag**, die **Wall AG** und die **Nuon Stadtlicht GmbH** hatten gemeinsam beschlossen, das Freilichtmuseum grundzusaniieren. Während die Nuon GmbH und die Gasag die technische **Wiederherstellung der Kandelaber** und Masten betreuen, übernimmt die Wall AG die Aufstellung von **Infotafeln** und die detaillierte Beschriftung der Museumsanlage. Die Kosten der Sanierung wurden auf **100 000 Euro** veranschlagt.

Das Gaslaternen-Freilichtmuseum war **1978** vom Berliner Senat in Zusammenarbeit mit der Gasag eingerichtet worden und wird seither vom **Deutschen Technikmuseum Berlin** betreut. Das **frei zugängliche** Museum erlaubt eine Zeitreise durch die Geschichte der Gaslaterne in Europa. Einige der 90 Lampen zierten einst Straßen in **England, Österreich, Frankreich** und **Ungarn**.

In **Berlin** wurden Gaskandelaber **1826 eingeführt**. Die ersten 27 von ihnen waren aus England importierte „Camberwell“-Laternen. Sie tauchten den Boulevard Unter den Linden in **goldgelbes Licht**. Bis **1940** stieg die Zahl der Gaslaternen in ganz Berlin dann auf **84 178 Stück**.

Heute zieren noch rund **44 000** gasbefeuerte Lampen das Berliner Stadtbild. Damit ist Berlin die **Hauptstadt der Gaslaternen** in Europa. Seit kurzem allerdings ist eine Diskussion um die Gaslaternen entbrannt. Nach Plänen des Bezirksamtes Mitte, das seit 2001 für die gesamte öffentliche Beleuchtung Berlins zuständig ist, soll ein Großteil der Gaslaternen bis Ende 2007 auf **elektrisches Licht** umgerüstet werden.

Als Grund werden die vergleichsweise **hohen Betriebs- und Reparaturkosten** der Gaslaternen genannt. Es könnten, heißt es, bei einer Umstellung auf Elektrizität etwa **7,5 Millionen Euro** Betriebs- und Wartungskosten pro Jahr eingespart werden. Dem gegenüber stehen jedoch **Umrüstkosten** von etwa **80 Millionen Euro**. Nun muss das Berliner Abgeordnetenhaus über das Ja oder Nein zur Gasbeleuchtung entscheiden.

Tobias von Schoenebeck

Neukölln feiert sein schmuckes Schlösschen im Süden des Bezirks

Neukölln steht nicht gerade im Verdacht, einer der kulturträchtigsten Bezirke der Hauptstadt zu sein. Durch einen bedrückend realistischen Spielfilm („**Knallhart**“) wurde die soziale Situation in dem Südbezirk zusätzlich **problematisiert** und in der Öffentlichkeit **kontrovers diskutiert**. Wer möchte sich schon gern als **Großstadt-Slum** stigmatisieren lassen, in dem der Begriff „Multikulti“ nicht völkerverbindendes Programm signalisiert, sondern **Unsicherheit** und **Gefahr**?

Umso glücklicher dürften sich die Bezirksväter nun fühlen, dass sie mit dem **Jubiläum von Schloss Britz** im südlichen Ortsteil des Verwaltungsbezirks ein **kulturelles Juwel** vorzuweisen haben, dessen glanzvolle **Geschichte** mit dem beachtlichen **Veranstaltungsangebot** der Gegenwart korrespondiert. So wurde seit Anfang Mai im gemütlichen dörflichen Ambiente vier Wochen lang **kräftig gefeiert**. Kinovorführungen im Gutshof, höfische Konzerte und ein Familienprogramm zählten zum Programm der Festwochen „Schloss Britz 300 Jahre“.

Ende der neunziger Jahre sorgsam restauriert: Das Schlossgebäude. Jetzt feiert man dort „Schloss Britz 300 Jahre“.



Zum Abschluss stand für den letzten Maiensonntag zwischen 15 und 22 Uhr ein **barockes Gartenfest** mit Musik und Tanz auf der Agenda, bei dem die **Besucher** gern auch in stimmiger **historischer Tracht** erscheinen durften. Schlusspunkt dann: Händels „**Feuerwerksmusik**“ mit pyrotechnischen Illuminationen.

Weit über den Feiermonat Mai hinaus, nämlich **bis zum 3. September**, kann die **Ausstellung** besucht werden, die an „Ewald Friedrich **Graf von Hertzberg** und die **Berliner Aufklärung**“ erinnert. Leihgaben aus Wien und St. Petersburg ergänzen die Berliner Exponate.

Hertzberg lebte von 1725 bis 1795 und erlangte Ansehen als **Staatsminister** Friedrichs des Großen. Seit 1786 vertrat er als Kurator die Akademie der Wissenschaften. Zur Zeit der „**Berliner Aufklärung**“ scharte er in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die **geistige Elite Berlins** um sich, zu der der Verleger Friedrich **Nicolai**, der Philosoph Moses **Mendelssohn** und der Dichter Gottlieb Ephraim **Lessing** zählten.

Sie alle sind auch in der **edlen kleinen Ausstellung** vertreten, die mit Gemälden, Kupferstichen, Büsten, Münzen, Porzellan, Dokumenten und Druckschriften aufwarten kann. Ein **besonderer Blickfang** ist zweifellos der perlenfunkelnde Schwarze Adlerorden, den Friedrich II. zur Krönung der Zarin Katharina II. 1792 anfertigen ließ.

Während seiner Herrschaft auf dem **schönen** Britzer Anwesen modernisierte Hertzberg das Landhaus und führte das Gut zu einer **neuen Größe**. Zu den Britz-Besitzern zählt die Chronik im Laufe der Zeiten auch den preußischen Feldmarschall Sigismund **von Erlach**, Friedrich Wilhelm Reichsgraf **von Schwerin**, einen Reichsgrafen zu **Inn- und Knyphausen**, einen **Seidenhändler** sowie einen **Bankdirektor** und einen **Branntwein-Fabrikanten**.

Das Schloss, der Park, der Gutshof mit den Stallungen, Dorfkirche, Pfarrhaus, Schule und Schänke sowie ein Turm im Neurenaissancestil gingen **1924 ins Eigentum der Stadt Berlin** über. Nach dem zweiten Weltkrieg fanden hier draußen die Betreuten eines Kinderheims Unterschlupf.

Seit 1988 beherbergen die **sorgsamst restaurierten** historischen Räume Kunst und Kultur in Ausstellungen, Lesungen, Vorträgen und Konzerten, die **nicht nur** Besucher aus dem Süden der Hauptstadt und aus dem nahen Umland anlocken. Man fühlt sich wohl in den **schmucken Zimmern** mit ihrem **edlen Mobiliar**, in dem Konzertsaal und dem einladend hergerichteten Speisezimmer.

Wenn es Herbst wird in Britz macht die Kultur aber **keineswegs Pause**: „Mozart und Rousseau – Vexierspiel der Liebe“ heißt zur 300-Jahr-Feier **und** aus Anlass des Mozartjahrs eine musikalisch-dramatische Inszenierung im **Historischen Pferdestall** vom 8. bis 11. September.

Schloss Britz, Alt-Britz 73,
12359 Berlin,
Tel: 609 79 230, Fax: 606 48 09,
www.schloss-britz.de
(hier auch email-Maske)
„Schloss Britz 300 Jahre“,
Ausstellung bis 3. September,
dienstags bis donnerstags
von 14 bis 18 Uhr, freitags
von 14 bis 20 Uhr,
am Wochenende und feiertags
11 bis 18 Uhr.

-nZ

Berlin und Tokyo: Kunst zweier Städte

Von JUDITH MEISNER

Japan galt in Europa lange als verschlossenes Inselreich. Doch Ende des 19. Jahrhunderts spielte **Deutschland** eine Rolle bei der Öffnung des asiatischen Landes: Äußerst fruchtbare Beziehungen entstanden auf **wissenschaftlichem** und vor allem **künstlerischem** Gebiet.

Davon gibt die Ausstellung „**Berlin-Tokyo/Tokyo-Berlin. Die Kunst zweier Städte**“ vom 8. Juni an in der Neuen Nationalgalerie beredtes Zeugnis. Als Höhepunkt des Deutschlandjahres war sie schon im hippen Tokyoter Stadtteil **Roppongi** im Mori Art Museum Magnet für Kunstfans. Die Schau ist eine Kooperation beider Museen.



In der oberen Halle der Neuen Nationalgalerie präsentieren sich zeitgenössische Künstler, darunter der Japaner Koganezawa. Für sein Werk auf einem überdimensionalen Bildschirm ließ er sich von Leuchtreklame moderner Großstädte inspirieren. Es ist ein Symbol für die Metropole Tokyo.

Fast 500 Objekte zeigen Malerei, Fotografie, Architektur, Design, Installation und Videokunst in **Gegenüberstellung, Austausch** und **paralleler Entwicklung** der in beiden Städten tätigen Künstler. Neben Einflüssen von historischen Architekturzeichnungen aus Deutschland auf japanische Verwaltungsgebäude geben Künstler wie Adolph von **Menzel** oder Ernst Ludwig **Kirchner** einen Eindruck von der Begeisterung für exotische Motive vor dem Ersten Weltkrieg. Emil **Orlik** und Fritz **Rumpf** reisten nach Tokyo um die japanische Kunst vor Ort zu studieren.

1914 präsentierte der Galerist Herwarth **Walden** die Berliner aktuelle Kunst in Tokyo: Franz **Marc**s Grafiken beeinflussten Hasegawa **Kiyoshi** direkt. Großen Anklang fand auch Dada: Die Erschütterungen des Ersten Weltkrieges in Europa fanden in Japan ihre Entsprechung mit dem großen Erdbeben von 1923. Hier wie dort stellte man sich die **Sinnfrage** in einer zerstörten Lebenswelt. Die herben satirischen Darstellungen von Georges **Grosz** und der ungewohnt freie Ausdruckstanz Mary **Wigmans** stießen auf großes Interesse.

Beide Länder erlebten in den Dreißigerjahren bis 1945 **übersteigerten Nationalismus**. Der Austausch ging unter anderen

Vorzeichen weiter. Ein Film aus Berlin hieß heroisch „**Die Tochter des Samurai**“. Von ihm gab es auch eine **japanische** Version. **Nach** dem **Wahn** zeigten asiatische wie deutsche Künstler das **Elend** in den zerstörten Städten.

In den 50er Jahren und danach zeigte vor allem die Fotografie **Gemeinsamkeiten**, die **Performance** löste die **Tafelmalerei** ab und schließlich nahmen Berliner wie Tokyoter Künstler an der **Fluxus-Bewegung** teil. Joseph **Beuys** und Nam June **Paik** stellten in beiden Städten aus.

Der aktuellen Kunst ist die **obere Halle** der Nationalgalerie gewidmet. Der Architekt Toyo **Ito**, seit der Expo ein **Star** seiner Zunft, baute eine spektakuläre **Hügellandschaft** wie einen japanischen Garten in Mies **van der Rohes Glasarchitektur**. Und Gegenwartskünstler wie etwa Thomas **Florschütz**, Martin **Liebscher** und Katharina **Grosse** brachten ihre Werke mit, die während eines **Stipendiums in Tokyo** entstanden. **Miramoto** fotografierte im Palast der Republik. Tenmyouya **Hisashi** wurde durch Plakatentwürfe für die **Fußballweltmeisterschaft** bekannt. Die Schau zeigt seine traditionell anmutenden **Samuraikämpfer** in heroischen Posen.

Die Kuratorin der Neuen Nationalgalerie, Angela **Schneider**, fasst die Ausstellung so zusammen: „**So entfernte Kulturen stellen exemplarisch dar, wie sie für einander attraktiv sein können.**“

Die Schau läuft bis zum 3. Oktober 2006 in der Neuen Nationalgalerie, Potsdamer Straße 50 in Berlin-Tiergarten und ist geöffnet. Di bis Fr von 10 bis 18 Uhr, Do bis 22 Uhr, Sa und So von 11 bis 18 Uhr. Es erscheint ein Katalog.

Mehr Macht dem „Regierenden“

In Berlin wird am **17. September** dieses Jahres ein neues Landesparlament, das Abgeordnetenhaus, gewählt. Rechtzeitig vor diesem Termin haben die derzeit noch amtierenden Mitglieder dieses Gremiums jetzt mit den Stimmen **aller fünf Fraktionen** dem künftigen Regierenden Bürgermeister **mehr Macht** zugesprochen als bisher. Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) nannte die Allparteieninitiative die „wichtigste verfassungsändernde Strukturentscheidung **seit 1946**“. Die wichtigsten Änderungen:

- Der **Regierende Bürgermeister** bestimmt künftig die Richtlinien der Regierungspolitik.
- Der Regierende Bürgermeister darf künftig **aus eigener Entscheidung** Senatoren ernennen und entlassen. **Bisher** wurden sie einzeln vom Parlament gewählt und konnten auch nur von diesem abberufen werden.
- Zu den Richtlinien der Regierungspolitik bestimmt die Verfassung jetzt **allerdings** auch: „Sie bedürfen der **Billigung** des Abgeordnetenhauses“. So souverän wie Regierungschefs **anderswo** ist Berlins Regierender Bürgermeister also auch künftig **nicht**. Wt.